

Antrag

**der Abgeordneten Heike Sudmann, Stephan Jersch, Christiane Schneider,
Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Martin Dolzer, Norbert Hackbusch,
Inge Hannemann, Cansu Özdemir und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: Die Quartiers- und Stadtteilbeiräte absichern und verstetigen!

Seit nunmehr gut dreieinhalb Jahren ringen Hamburgs Quartiers- und Stadtteilbeiräte um eine dauerhafte institutionelle und finanzielle Absicherung dieser bedeutendsten Stadtteilgremien vor Ort (siehe dazu die immer noch gültigen Resolutionen des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte vom 4.10.2012 und 16.7.2013). Inzwischen hat sich der Senat von der „Logik“, mit dem Auslaufen der Förderung im jeweiligen RISE-Gebiet auch die finanzielle Unterstützung des betreffenden Beirats einzustellen, ein Stück weit verabschiedet. Doch längst nicht in allen Fällen, und selbst die in den Genuss einer alljährlich neu ausgehandelten Zuwendungssumme aus dem „Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit“ kommenden Beiräte melden Widerspruch an, weil eine vernünftige Planung und langfristige Absicherung der Beiratsarbeit damit eben nicht einhergehen. Von der Schaffung *neuer* Beteiligungsgremien auf Quartiers- und Stadtteilebene, unabhängig von den wenigen, in aktuellen RISE-Gebieten hinzugekommenen, sind wir dagegen weit entfernt. Eine *prinzipielle* Anerkennung des Engagements von Beiräten vor Ort und damit der Verankerung dieser Säulen der Stadtteildemokratie stehen damit nach wie vor aus.

Die bevorstehende Debatte um den nächsten Doppelhaushalt 2017/2018 eröffnet die Chance, nun einen wichtigen Schritt zu gehen, um die Partizipation und Bürger-/innenbeteiligung vor Ort auf eine neue, gesicherte Grundlage zu stellen. Ein eigener Etatposten beziehungsweise eine neue Produktgruppe für die Beirätearbeit würde der Freien und Hansestadt Hamburg gut zu Gesicht stehen, ließe sich darüber doch die Stadtteildemokratie als ein wesentliches Element der bezirklichen und bürgerschaftlichen Ebenen nachhaltig verstärken.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. im neuen Doppelhaushalt 2017/2018 eine eigene, vom „Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung“ und vom „Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit“ unabhängige Produktgruppe „Förderung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte“ zu schaffen;
2. diese neue Produktgruppe „Förderung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte“ im Doppelhaushalt 2017/2018 zunächst mit jährlich 1 Million Euro auszustatten;
3. zu prüfen, in welcher Form und an welchen Stellen im Hamburgischen Bezirksverwaltungsgesetz die Quartiers- und Stadtteilbeiräte berücksichtigt werden können und darüber der Hamburgischen Bürgerschaft bis zum 31. Oktober 2016 Bericht zu erstatten.